

**Friedrich H. Steeg
Jacqueline Vogel
Kreuznacherstr.22
55546 Volxheim**

Steeg/Vogel * Kreuznacherstr.22 * 55546 Volxheim

Datum: 01.07.2005

**Verwaltungsgericht Koblenz
Deinhardplatz 4
56068 Koblenz**

Wir,

**Friedrich H. Steeg und Jacqueline Vogel (Kläger),
Kreuznacher Str.22, 55546 Volxheim**

reichen hiermit Klage ein gegen die

**Verbandsgemeinde Bad Kreuznach (Beklagte),
vertreten durch den Bürgermeister,
Rheingrafenstraße 2, 55543 Bad Kreuznach**

wegen der Erteilung einer Erlaubnis für die Ortsgemeinde Volxheim zur Aufstellung von Starenabwehrgeräten gem. §7 Abs. 3 LImSchG, vom 16. September 2004.

Begründung: Diese Erlaubnis verstößt gegen §7 Abs. 3 LImSchG, darin insbesondere gegen den Begriff der „Verhältnismäßigkeit“. Erläuterung:

Durch die Erlaubnis der automatisch gesteuerten (Dämmerungsschaltung), permanenten (ganztägig), präventiven, akustischen Starenabwehr innerhalb eines Abstands von 300m bis 1000m zum Ortsrand ist das ganze Dorf Volxheim in diese Dauerbeschallung von allen Seiten voll einbezogen. Diese Art der akusti-

schen Starenabwehr ist unzumutbar für die Anwohner, trotz evtl. Einhaltung der Abstände und Einschränkungen, die in der „*Arbeitshilfe zur immissionsschutzrechtlichen Erlaubnis für den Betrieb akustischer Geräte zur Vogelabwehr (Juni 2004)*“ vorgesehen sind. Die Saison 2004 hat dies eindrucksvoll bewiesen. Somit ist diese Form der Starenabwehr als unverhältnismäßig im Sinne des Gesetzes zu betrachten.

Die Klage wurde erforderlich, weil der Kreisrechtsausschuß des Kreises Bad Kreuznach unseren Widerspruch vom 05.10.2004 mit Widerspruchsbescheid vom 14.06.2005 zurückgewiesen hat.

Zeichen der Verbandsgemeinde Bad Kreuznach: 2/139-12

Zeichen des Kreisrechtsausschusses Bad Kreuznach: 057 - W 339/2004

Wir verweisen auf die bisherigen Schriftsätze/Briefe, siehe auch diesbezgl. Dokumentensammlung:

<http://www.resi-verlag.de/starenabw/starenabwdownloadseite.htm>

Weitere Begründungen werden nachgereicht.

Sehr geehrte RichterInnen des Verwaltungsgerichts Koblenz,

Unsere oben bezeichnete Klage hat zum Ziel, daß die oben benannte Erlaubnis aufgehoben wird und durch eine Erlaubnis ersetzt wird, die ein Auslösen der in der Erlaubnis bezeichneten Geräte nur als Folge eines gezielten Beobachtens und Eingreifens im Bedarfsfall (tatsächlich gesichtete Starenschwärme) erlaubt. Es soll durch die Klage erreicht werden, daß die automatische Dauerbeschallung der Gemeinde Volxheim, insbesondere im Ortsrandbereich (Abstand unter 1 km), vermieden wird, da die dort lebenden und arbeitenden Anwohner, genau wie wir (Kläger) selbst, einer gesundheitsbeeinträchtigenden und unerträglichen Geräuschbelästigung ausgesetzt sind:

- 10 Wochen lang (2.8.2004 bis Mitte Oktober), 7 Tage pro Woche, von der Morgendämmerung bis zur Abenddämmerung, auch durch geschlossene Fenster hindurch

hörbare, technisch verfremdete Todesschreie von Staren sowie Greifvogelschreie (Hörprobe auf der Downloadseite), alle 30 Sekunden in sich im Wechsel wiederholenden Versionen für dann jeweils 15-20 Sekunden

- begleitet von permanenten Böllerschüssen, an einem Ort hörbar jeweils 2-5 pro Minute von verschiedenen Geräten, mit und ohne Echoeffekte aus verschiedenen Richtungen und Entfernungen.

In einer solchen Situation leben und arbeiten zu müssen ist für uns eine Qual und für viele andere Anwohner auch. Unterstellt ist dabei, daß alle möglichen, aus bestimmten Gründen nicht vermeidbare Geräusche und Lärm aus der Landwirtschaft - zeitweise auch nachts - von uns schon immer klaglos in Kauf genommen wurden. Im landwirtschaftlichen Mischgebiet ist dies eben nicht zu vermeiden. Wir sind aber nicht bereit **zusätzliche und unnötige - ausschließlich präventiv** veranlaßte - **zweimonatige, ganztägige Geräuschbelästigungen** hinzunehmen. Außerdem ist nicht einzusehen, daß neuen Techniken wie Vogelschreigeräte, die die Böllerschüsse in der Streßwirkung auf Menschen noch um einiges übertreffen, neuerdings (seit 2004) als zusätzliche Geräuschkulissen hinzugefügt werden.

Die von der Verbandsgemeinde immer wieder angeführte Verteidigung, die von Fachleuten erarbeitete Arbeitshilfe würde die Anwohner davor schützen, daß übermäßige Belästigungen stattfinden, müssen wir zurückweisen. Diese Arbeitshilfe dient offensichtlich dazu, die unzumutbaren Belästigungen die stattfinden zu legitimieren, hat aber keinerlei mildernden oder verhindernden Effekt in Bezug auf die tatsächliche Gesamtbelästigung. Im Gegenteil: Unter Hinweis auf diese Arbeitshilfe, deren Einhaltung von uns nicht kontrollierbar ist, werden täglich Verstöße gegen den Verhältnismäßigkeitsbegriff des **§7 Abs. 3 LImSchG** ermöglicht, weil niemand, der die Sache unparteilich betrachtet, die Kriterien der Arbeitshilfen in ihrer konkreten Auswirkung hier vor Ort in Volxheim beurteilen kann und auch niemand wirklich weiß, ob sie eingehalten werden. Da die Verbandsgemeinde sich in dieser Sache bereits als eindeutig parteilich erwiesen hat (siehe Schreiben des Ortsbürgermeisters vom 16.09.2004 und Schreiben des Verbandsbürgermeisters vom 17.11.2004) wird auch kein Anwohner sich auf deren versprochene Verbesserungen und „Härtefallregelungen“ verlassen können.

Wir halten die vorgenommene Dauerbeschallung mit Hilfe von Zeitschaltgeräten für unverhältnismäßig gemäß §7 Abs. 3 LImSchG. Leider sind wir nicht in der Lage zu-

sätzliche, aufwändige Privatgutachten für unsere Begründung in Auftrag zu geben, gehen aber davon aus, daß auch die bisher bekannten Gutachten (siehe Gutachten des Landesamtes für Umweltschutz und Gewerbeaufsicht Rheinland-Pfalz, Oppenheim von 2003) unserer Position nicht widersprechen, sondern recht geben. Es muß insbesondere darauf hingewiesen werden, daß gerade dieses Gutachten andere Formen der Starenhut favorisiert, insbesondere die beobachtene Starenhut mit gezielter Auslösung der Schallereignisse (Gutachten von 2003, S.46), was eine präventive Dauerbeschallung überflüssig machen würde - Zitat:

Methoden zur Vogelabwehr

Auf die menschliche Vogelscheuche - den „Wingertschütz“ - wurde bereits in Kapitel 4.2 hingewiesen. Diese Art der Schadvogelvergrämung bezieht sich speziell auf den Weinbau und somit auf den diesbezüglichen Schadvogel, den Star. Obwohl schon seit Jahrhunderten praktiziert, wird auch aktuell die Wirksamkeit dieser Methode als die „geeignetste“ angesehen (HILL 2002, mündl.) und von Regierungsstellen angeordnet (vgl. Tab. 16). Erfahrungsberichte verweisen auf den Einsatz von Wingertschützen in Verbindung mit mobilen Knallschussgeräten als bewährte Methode (AMT F. WEHRGEOPHYSIK et al. 1987).

Tab. 16: Methodenbewertung, Weinbergsschützen.		
Methoden	Anmerkungen zur Bewertung	Referenz
Weinbergshüter	„...geeignetste Methode zur Starenabwehr“	HILL (2002, mündl.)
Wingertschütze, Feld- oder Weinbergshut	Zur Bekämpfung der Stare im Jahre 2002 als gemeinsame Bekämpfungsmaßnahme angeordnet.	LANDESREGIERUNG BURGENLAND (2002)
Wingertschütze, Feld- oder Weinbergshut	Haben sich zur unmittelbaren Vogolvergrämung mit mobiler Anwendung von Knallpatronen am besten bewährt.	AMT F. WEHRGEOPHYSIK et al. (1987)

Selbst die von der Verbandsgemeinde als Anspruchsgrundlage für die Verhältnismäßigkeit nach §7 Abs. 3 LImSchG immer wieder zitierte „Arbeitshilfe“ kommt zu völlig

anderen Schlußfolgerungen als die Beklagten aktuell aus dem oben bereits zitierten Gutachten ziehen. Arbeitshilfe zur immissionsschutzrechtlichen Erlaubnis für den Betrieb akustischer Geräte zur Vogelabwehr (Juni 2004) - Zitat:

In Bezug auf die Starenabwehr im Weinbau gibt das Gutachten im Ergebnis folgende Hinweise:

1. Zur Schadensbelastung und zur Eignung von Abwehrmaßnahmen:

- Die Schadensbelastung ist räumlich eng begrenzt und kann einzelbetrieblich zu erheblichen Schäden führen. Besonders gefährdet sind Weinberge unter Stromleitungen sowie im Bereich der Schlafplätze.
- Maßnahmen zur Schadensabwehr sind unumgänglich.
- Nicht geeignete Maßnahmen sind: Abschuss, Vergrämung an den Schlafplätzen, Ultraschallgeräte, Beizvogeleinsatz **sowie alle unselektiv wirkenden Maßnahmen**. Die Wirksamkeit ferngesteuerter Modellflugzeuge ist noch nicht abschließend geklärt.
- Die Wirksamkeit akustischer Abwehrmaßnahmen wird bestätigt. Daneben können die Vernetzung (Seitenbespannung) sowie im Einzelfall optische Verfahren (flatternde Bänder, kleine Gasballons u.ä.) als geeignete Maßnahmen in Frage kommen.

2. Zu den Handlungsempfehlungen:

- Die Starenabwehr sollte lokal, aber **in Form einer zentral geregelten und gemeinschaftlichen Starenhut** erfolgen.
- Aus Gründen der Flexibilität und der **Zielsetzung, Abwehrmaßnahmen strikt nur bei Bedarf durchzuführen, sollten bevorzugt Weinbergsschützen eingesetzt werden**.
- Die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen sollte durch die Behörde stichprobenartig kontrolliert werden.

Würde diese angeblich eigene Handlungsgrundlage der Beklagten (Mitarbeiter der Verbandsgemeinde waren an der Erstellung der Arbeitshilfe mitbeteiligt: Herr Zillmann) ernstgenommen, wäre der Grund für unsere Klage nicht entstanden.

Wir möchten im Einzelnen zur Begründung unserer Klage auf einige Punkte im Widerspruchsbescheid des Kreisrechtsausschusses der Kreisverwaltung Bad Kreuznach vom 14.06.2005 eingehen. Wir zitieren und kommentieren ab S.4, 2. Absatz, bis einschließlich S.5, 2. Absatz, Original-Zitate des KRA eingerückt:

Ob eine solche Weinbergshut gesellschaftlich gewollt ist oder gesamtwirtschaftlich Sinn macht, kann hier dahinstehen, da es der Entscheidungskompetenz der Ortsgemeinde obliegt, ob eine solche einzurichten ist oder nicht. Dies ist grundsätzlich keine rechtliche Frage.

Das mag so sein, entbindet aber die Ortsgemeinde nicht davon sich an die Verhältnismäßigkeit laut §7 Abs. 3 LImSchG zu halten bzw. diese nach allen Seiten hin prüfen zu müssen.

Des Weiteren ist die vorgenommene Genehmigung auch notwendig, um das Ziel des Pflanzenschutzes zu erreichen, da festzustellen ist, dass kein milderer, ähnlich wirksames Mittel zur Verfügung steht.

Die vorgenommene Genehmigung mag vielleicht notwendig sein in Bezug auf die zu benutzenden Geräte, insofern man davon ausgeht, daß andere Mittel weniger wirksam seien. Ob andere Mittel wirklich weniger wirksam sind, wurde im zitierten Gutachten nicht bestätigt. Dort war von mehreren alternativen Methoden die Rede, von denen die akustische Starenabwehr nur eine Möglichkeit darstellt. Entscheidend ist jedoch die Frage, **ob als einzig wirksame Form der akustischen Starenabwehr diejenige zu betrachten ist, die präventiv eine automatische Dauerbeschallung vornimmt.** Hier kommt sogar das Gutachten zu dem Schluß, daß eine Vermeidung von Gewöhnungseffekten eher durch eine von Fall zu Fall durch Beobachtung auszulösende akustische Abwehr als wesentlich wirksamer (Wegfall von Gewöhnungseffekten) und zugleich verträglicher anzusehen ist als die Dauerbeschallung mit automatischen Zeittaktgebern (vgl. Gutachten Punkt 4.4, Praktikabilität, Effizienz und Effektivität der Abwehrmethoden, S.46 und 59-62). Der Kreisrechtsausschuß widerspricht sich selbst im Fortgang seiner Begründung:

Zum einen ist festzuhalten, dass durch Vögel, insbesondere Stare (Gutachten Punkt 3.1, S. 10 und 5.10, S. 75) eine Gefahr für Landwirtschaft und insbesondere Weinbau

ausgeht, da zumindest von einem Teilverlust von Ernten bei Befall auszugehen ist. Einzig ähnlich wirksames Mittel zur Abwehr ist hier die durch Menschen vorgenommene Weinbergshut, bei welcher mittels tragbarer Schussapparate oder Handfeuerwaffen gezielt gegen einfallende Vogelschwärme vorgegangen wird (vgl. Gutachten Punkt 4.4, S. 59). Diese Form der Schadvogelabwehr setzt allerdings den Einsatz einer Mehrzahl freiwilliger Kräfte voraus, von deren Vorhandensein nicht zwingend ausgegangen werden kann, da eine Vollfinanzierung der menschlichen Arbeitskraft erwartungsgemäß unwirtschaftlicher ist als die Anschaffung maschineller Abwehrmaßnahmen.

Der Kreisrechtsausschuß nennt die - auch im Gutachten von 2003 bestätigt - beste Alternative zur automatischen Dauerbeschallung, hält ihr aber entgegen, daß sie evtl. teurer wäre als die akustische Dauerbeschallung. Wahrscheinlich käme man in Volxheim aufgrund der landschaftlichen Beschaffenheit sogar mit nur einer Person aus. Außerdem wird beklagt, daß zu wenig Freiwillige zur Verfügung stünden. Insofern solche Freiwilligen aus dem Kreise der Winzerschaft zu rekrutieren wären, sollte das beschworene Existenzinteresse der Winzer solchen Einsätzen nicht im Wege stehen - sollte man denken. Schließlich sind es die Winzer, die in der Starenabwehr eine Existenznotwendigkeit sehen und nicht irgendwelche fremden Freiwilligen, die sich „unterbezahlt“ oder „unmotiviert“ fühlen könnten. Um wieviel teurer (wenn nachweisbar) eine solche für alle Anwohner verträgliche Form der Starenabwehr die Winzer tatsächlich käme, ist dem Kreisrechtsausschuß noch nicht einmal die Nennung oder Anforderung einer zitierbaren Berechnung wert. Es wäre immerhin überlegenswert einen Vergleich der Kosten vorzunehmen, es sei denn man schlosse von vornherein aus, eine evtl. etwas teurere Methode überhaupt in Betracht zu ziehen. Das Argument des Kreisrechtsausschusses verrät die Auffassung der Beklagten und des Kreisrechtsausschusses, daß der Begriff Verhältnismäßigkeit im §7 Abs. 3 LImSchG grundsätzlich und einzig eine Frage der Kostenabwägung (Kostensenkung) der Anwender und Nutznießer der Starenabwehr sein müsse. Dem widersprechen wir und verweisen darauf, daß die im Gesetz gemeinte Verhältnismäßigkeit eine Abwägung zwischen den Kostensparinteressen der Winzer und dem dadurch geschädigten Interesse der Anwohner zu sein hat.

Auch die Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne ist gegeben, da die Abwägung zwischen der Notwendigkeit der Abwehrmaßnahmen und den Störungen der

Widerspruchsführer zu Lasten letzterer ausfällt.

Es fällt auf, daß zwar „Verhältnismäßigkeit“ hier vom Kreisrechtsausschuß nochmals als eigenständiger Punkt „im engeren Sinne“ (?) nach der Wirtschaftlichkeitsüberlegung auftaucht, jedoch argumentlos als „zu Lasten letzterer“ (Widerspruchsführer) zu entscheiden abgewogen wird. Es wird hierbei die Notwendigkeit der Starenabwehr als Gegensatz zum Interesse der Widerspruchsführer angeführt, obwohl in der Auseinandersetzung bereits klar wurde, daß **nur die Art und Weise** der Starenabwehr im Gegensatz zum Interesse der Widerspruchsführer steht, nicht die Starenabwehr überhaupt. Inwiefern in der Beurteilung der Verhältnismäßigkeit der Zusammenhang mit der Argumentation der Kosten hier eine Rolle spielt, wird einfach offengelassen bzw. ignoriert. Was wäre eigentlich, wenn man die Belästigungen und gesundheitliche Schädigungen der Anwohner durch Geräusche unmittelbar in Geld beziffern würde - oder stehen die Gesundheit und das Wohlbefinden der Anwohner etwa im Eigentum der Allgemeinheit oder des ortsansässigen Weinbaus? Im Übrigen handelt es sich hier nicht einfach um eine Minderung des Wohn- und Freizeitwerts der Grundstücke der Anwohner. In Volxheim gibt es viele Anwohner, zu denen auch wir gehören, die nicht in der Landwirtschaft arbeiten, trotzdem aber inmitten dieser „permanent akustisch verfremdeten Umgebung“ ihrem Beruf nachzugehen haben. Uns hat noch niemand jemals nach der Verträglichkeit unserer Tätigkeiten (mit und ohne Publikumsverkehr) mit der angewendeten Form der Starenabwehr gefragt. Gespräche werden gestört, Lernprozesse bei Therapiekindern erschwert oder unterbrochen, konzentrierte Arbeit am PC und/oder mit Fachliteratur ist uns teilweise nicht mehr möglich (selbst bei geschlossenen Fenstern).

Der Kreisrechtsausschuß führt weiter aus:

Entgegen deren Auffassung sind sowohl phono- und pyroakustische Abwehrmaßnahmen notwendig und effektiv, als auch die Abstandsempfehlungen der „Arbeitshilfe zur immissionsschutzrechtlichen Erlaubnis für den Betrieb akustischer Geräte zur Vogelabwehr“ vom Juni 2004 für die Aufstellung von Schussapparaten auf phonoakustische Geräte anwendbar, welche als zulässige Ausgestaltung der immissionsschutzrechtlichen Vorschriften anzusehen ist. Hier ist allerdings zu differenzieren zwischen der allgemeinen Gültigkeit bzw. Anwendbarkeit der Abstandsbestimmungen und der individuellen übermäßigen Lärmbelastigung

durch einzelne Geräte. Insofern es um letztere Frage geht, besteht zwar eine Vermutung seitens der „Arbeitshilfe“, dass nicht von einer Störung auszugehen ist, wenn die Abstandsbestimmungen eingehalten werden, jedoch hat die Widerspruchsgegnerin Bereitschaft bekundet, einzelne Geräte im Fall der übermäßigen Belastung auszutauschen bzw. umzusetzen, was im Einzelfall sogar angezeigt sein kann. Sind aber diese Abstandswerte und die allgemein zu beachtenden Regeln der Aufstellung akustischer Geräte (vgl. Gutachten Punkt 8.2.1, S. 91) eingehalten, so ist die erlaubte Maßnahme als verhältnismäßig anzusehen. Dies gilt sowohl für den Einsatz von pyro-, als auch für den von phonoakustischen Geräten. Nach bisherigem Kenntnisstand ist davon sogar auszugehen, dass die phonoakustischen Geräte eine größere Wirksamkeit aufweisen als die pyroakustischen.

Unterstellt, die Wirksamkeit der akustischen Starenabwehr sei nachgewiesen, räumt der Kreisrechtsausschuß zugleich ein, daß es unzumutbare Belästigungen durch einzelne Geräte geben kann und gegeben hat (siehe auch Gutachten von 2003, S.59-62). Das konnte und kann die Arbeitshilfe also nicht verhindern. Daraus ergibt sich zwangsläufig, daß immer wieder unzumutbare Störungen und Schädigungen entstehen, gerade weil vor dem Hintergrund einer Berufung auf die Arbeitshilfe letztlich jeder einzelne Winzer seine jeweiligen Weinberge optimal schützen möchte. Es besteht daher die objektive Tendenz bei der permanenten akustischen Starenabwehr in der Praxis, mit Hilfe der Arbeitshilfe jeden nach Auffassung der Anwender nötigen Aufstellungsort zu rechtfertigen und dabei auch unzumutbare Belästigungen von Anwohnern zu ignorieren. Vor diesem Hintergrund gewinnt die wesentlich verträglichere und wirksamere Variante der akustischen Starenabwehr mit Personaleinsatz (Beobachtung und gezielte Auslösung der Geräte, evtl auch über Funk) an Bedeutung - selbst wenn sie etwas teurer sein sollte. Es kommt hinzu, daß viele Gemeinden inzwischen entweder ganz auf die Starenabwehr verzichten (siehe auch AZ-Artikel von 2003) oder selbst bereits zur personalüberwachten Starenabwehr übergegangen sind (Beispiel: Hochheim am Main / zuständig Herr Schäfer, Wonnegau u.a. Gebiete). Dabei ist anzumerken, daß dort nicht unbedingt günstigere landschaftliche Bedingungen herrschen als in Volxheim. In Hochheim am Main z.B. müssen über 10 km Flußlauf mit dem PKW abgefahren werden. Trotzdem halten Gemeinde und Winzer dort diese Form der Starenabwehr für die beste Lösung.

Da nach Auffassung des Kreisrechtsausschusses die angegriffene Erlaubnis

noch den Rahmen der Verhältnismäßigkeit wahrt, war der Widerspruch zurückzuweisen.

Diese Schlußfolgerung des Kreisrechtsausschusses erweist sich somit als willkürliche Parteinahme für den Standpunkt der Verbandsgemeinde Bad Kreuznach und der von ihr betreuten Winzer. Eine sachliche Auseinandersetzung mit unseren im Widerspruch vom 05.10.2004 und unserem Schreiben vom 20.01.2005 vorgetragenen Argumenten fand im Ablehnungsbescheid nicht statt, obwohl in der Verhandlung am 16.03.2005 darüber durchaus mit allen Beteiligten konstruktiv diskutiert wurde. Insofern war der Widerspruchsbescheid eine Entscheidung auf Grundlage der Interpretation der Gegenseite, ohne inhaltliche Prüfung bzw. Abwägung der Verhältnismäßigkeit, außer einseitig in Bezug auf die - nicht bezifferte und/oder nachgewiesene - Kostenersparnis der Gegenseite. Ein Schaden der Anwohner wurde somit zugleich argumentlos als unerheblich bewertet.

Zusatzargumente gegen die Argumentation der Verbandsgemeinde:

Obwohl von Fachleuten Zweifel an der Effektivität einer akustischen Dauerbeschallung vorgetragen wurden (siehe Gutachten von 2003 und Artikel aus der AZ von 2003), wägen die Verbandsgemeinde und betroffene Winzer nicht ab, ob hieraus Konsequenzen für ihre Handlungsweisen in Sachen Starenabwehr folgen könnten. Ist es der Gegenpartei wichtiger eine „vollautomatische Lösung“ zu haben, als darauf zu achten, ob die beabsichtigte Wirkung ausreicht und/oder verträglich mit den Nachbarn ist? Beruhigt und bestätigt man sich einfach damit, modernste Technik angewendet und Personal gespart zu haben? Kann man sich sicher sein, wirklich billiger weggekommen zu sein als mit anderen Lösungen, ohne wirklich eine Berechnung darüber angestellt zu haben? Man prüft einfach nicht nach, ob diese vermutete Kostenersparnis auch mit dem eigentlichen Ziel - einer wirksamen Starenabwehr - in Einklang steht! Dieser Standpunkt ist offensichtlich keiner Diskussion zugänglich. Als Kritiker wird man indirekt zum „Gegner der Landwirtschaft“ erklärt (siehe Artikel des Ortsbürgermeisters vom 16.09.2004 und Schreiben des Verbandsbürgermeisters vom 17.11.2004), bevor der Zweck geklärt und das erste Argument zuende diskutiert wurde.

Schlußfolgerung: Vielleicht ist die Schadensbedrohung (Existenzbedrohung?) gar nicht so groß/kostenträchtig, wie die Winzer behaupten. Weil man sich dessen bewußt ist, dies aber in den Debatten nicht zugeben will, pocht man zur Begründung auf die er-

teilte Erlaubnis und die Notwendigkeit der Starenabwehr überhaupt. Das „Restrisiko Starenfraß“ will man möglichst unkompliziert im Griff haben. Die angestrebte Arbeits- und Kostenersparnis geht dann zu Lasten der Anwohner, „kostet also nichts“ solange sich niemand gegen diese von der Gemeinde kostenlos, zum Nachteil Dritter zugestandene „Naturalsubvention“ wehrt.

Zusatzargumente für eine personalisierte Starenhut:

Durch die Anwendung von Personal zur Überwachung der Weinberge z.B. mit herkömmlichen Schreckschußpistolen erübrigte sich der Einsatz teurer Technik von vornherein. Schußapparate mit Zeitschaltuhren und Vogelschreiapparate wären komplett überflüssig. Das Kostensparpotential beziffert sich für eine Gemeinde wie Volxheim auf einige Zehntausend Euro. Dafür kann sehr lange einiges an Personal beschäftigt werden. Auch die Geräte müssen von Zeit zu Zeit gewartet und erneuert werden und verursachen nicht nur einmalig Kosten.

Selbst wenn man auf die bereits angeschafften Geräte nicht verzichten möchte, könnte durch Funkauslösung durch maximal eine Person von einem erhöhten, zentralen Standort aus mehr als der Bereich der Gemeinde Volxheim in einer verträglichen Weise überwacht werden. Die Verbandsgemeinde hat jedoch leider noch nicht einmal eine Berechnung vorgelegt, aus der hervorgehen würde, warum diese Methode der Starenabwehr zu (!) teuer sei.

Zu Schaden und Belästigung der Anwohner, die in Volxheim leben und arbeiten:

Es gibt viele verschiedene in Volxheim ausgeübte Berufe (meist freiberufliche Tätigkeiten) mit spezifischen Anforderungen, deren Ausübung durch die Dauerbeschallung stark beeinträchtigt und die Arbeitsfähigkeit eingeschränkt oder sogar verhindert wird (Spannungskopfschmerzen, Migräne, Streß, Nervenkrankheiten, Bewegungsstörungen, Konzentrationsstörungen). Wir befürchten außerdem, daß unsere Kunden durch die eingeschränkten Bedingungen für unsere Therapiekinder abgeschreckt werden könnten. Wir behalten uns vor, hierfür Begründungen nachzureichen.

Was wir nach wie vor für ungeklärt halten ist:

1. die Frage der Wirksamkeit der akustischen Abwehrmaßnahmen insbesondere der Vogelschreiapparate - ein beweiskräftiges Gutachten, daß verlässliches statistische Zahlenmaterial vorlegt, gibt es nicht
2. die Frage der Bezifferung tatsächlicher Risiken durch Vogelfraß - Statistiken auf der Grundlage gesicherter Belege gibt es nicht
3. die Frage der Haftung Dritter (Hochspannungsleitungen)
4. die Frage einer möglichen Regulierung von Schäden durch eine Versicherung auf Gegenseitigkeit
5. eine Klärung der Frage, warum so viele Weinbau-Fachleute in dieser Angelegenheit widersprüchliche Aussagen machen

Wir bitten auch um Kenntnisnahme unserer Schreiben vom 05.10.2004 und vom 20.01.2005.

Eine Sammlung aller relevanten Texte sowie eine Probeaufnahme der Original-Vogelschrei-Sequenzen finden Sie auf der Webseite:

<http://www.resi-verlag.de/starenabw/starenabwdownloadseite.htm>

Mit freundlichem Gruß

Anlage: 1 Exemplar des Widerspruchsbescheids vom 14.06.2005

Anhang:

verschiedene Zitate amtlicher Stellen in Rheinland-Pfalz und Artikel aus der Allgemeinen Zeitung Mainz

Auf den Seiten des Ministeriums für Umwelt und Forsten von Rheinland-Pfalz findet man unter: <http://www.muf.rlp.de/index2.asp?bereich=106>

Technischer Umweltschutz > Schutz vor Lärm und Erschütterungen > Vogelabwehr

Abwehr von Vögeln in der Landwirtschaft

Gutachten

Insbesondere Winzer beklagen in Rheinland-Pfalz beträchtliche Ernteeinbußen durch Vögel, sofern keine geeigneten Abwehrmaßnahmen erfolgen. Die jährlich wiederkehrend im Herbst zur Vertreibung vor allem der Stare eingesetzten Schreckschussapparate können jedoch auch Anwohner erheblich belästigen. Nach dem Landes-Immissionsschutzgesetz sollen die Ordnungsämter deshalb nur dann eine **Erlaubnis für Schreckschüsse** erteilen, wenn sich die Vögel mit anderen verhältnismäßigen Mitteln nicht fernhalten lassen. **In diesem Zusammenhang** ist es wichtig, dass

- **nur geschossen wird, wenn tatsächlich Vögel da sind,**
- zu häufiges oder zu lautes Schießen unterbleibt,
- die Nachtruhe beachtet wird, und
- **zuvor der Einsatz weniger belastender Methoden geprüft worden ist.**

Technischer Umweltschutz > Schutz vor Lärm und Erschütterungen > Qualitätsziele für Emissionen und Immissionen

Zielsetzungen allgemeiner Art

Ziel aller Maßnahmen auf dem Gebiet der Lärmbekämpfung ist, gesundheitliche Beeinträchtigungen durch Einwirkungen von Geräuschen sowie erhebliche Nachteile und Belästigungen für die Nachbarschaft oder die Allgemeinheit zu vermeiden. Die von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) aufgestellte Formel, nach der unter **Gesundheit der Zustand optimal psychischen und physischen Wohlbefindens und nicht nur das Freisein von Krankheit** zu verstehen ist, erscheint bei der Lärmbekämpfung im Hinblick

auf die bereits bestehende Immissionssituation in weiten Bereichen der rheinland-pfälzischen Ballungs- und Verdichtungsgebiete nicht erreichbar. Vielmehr wird es darauf ankommen, dass in Wohnbereichen, in denen die Bewohner durch Lärm in unzumutbarer Weise belastet sind, durch die Aufstellung und Realisierung von Lärmmin-derungsplänen **wenigstens wieder annehmbare Verhältnisse geschaffen werden.**

In den Wohnbereichen und Gebieten, in denen noch keine schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geräusche vorliegen, wird darauf zu achten sein, dass durch weitere Ansiedlung von Industrie- und Gewerbebetrieben sowie durch die Führung von Verkehrsstraßen keine neuen Problembereiche mit schwerwiegenden Umweltbeeinträchtigungen entstehen. Grün- und Erholungsgebiete nehmen in Rheinland-Pfalz eine dominierende Stellung ein. Sie zu erhalten ist vorrangige Aufgabe. **Dazu gehört, diese Räume im Rahmen der Umweltvorsorge von Lärm freizuhalten und eine Verschlechterung der bereits belasteten, aber für Erholung notwendigen Gebiete zu vermeiden.**

Artikel vom 22.08.2003, Ganz-Zitat - (kostenpflichtiger Internet-Download):

Allgemeine Zeitung, 22.08.2003 (Region), 1318969, MAZ , 22.08.03; Words: 568, NO: 105464017

Vogel-Gezwitscher aus der Konserve lässt Stare kalt Experten halten von Tonbändern wenig / 'Nur lautes Knallen hilft'

Von unseren Redaktionsmitgliedern Thomas Haag und Achim Reinhardt

Es zwitschert und pfeift und trällert und piept auf höchst alarmierende Weise. Nur die ganze Vogelschar, die hier das Panik-Orchester gibt, ist nicht zu sehen. Die Piepmätze kommen vom Band. Während in der rheinhessischen Rebenlandschaft die Trauben reifen, haben einige Winzer bei der Starenabwehr in diesen Tagen hörbar zu einer Alternative zum Schussapparat gegriffen.

Im Tonstudio gemischte Angstschreie von Vögeln sollen die lebendigen Artgenossen von den Trauben fernhalten. Die Meinung der Experten über diese Art der Weinbergshut ist allerdings vernichtend. **'Das funktioniert nicht, das Thema war vor 20 Jahren schon erledigt'**, urteilt der Leiter der Weinbauabteilung bei der Staatlichen Lehr- und Versuchsanstalt (SLVA) in Oppenheim, Heinrich Schlamp.

Die Reaktion der Vögel auf das Konserven-Gezwitscher fasst Schlamp unmissverständlich zusammen: 'Die kümmern sich einfach nicht drum.'

Viele Winzer sehen das ähnlich: 'Das ist wie mit allen anderen Methoden auch - die Vögel gewöhnen sich einfach dran', meint Kurt Dautermann vom Ingelheimer Weingut Dautermann. In der Rotweinstadt gebe es keine organisierte Starenabwehr. Bisher seien die Weinberge außerdem von Staren verschont geblieben, erzählt Dautermann. **Der Winzer sieht bislang keine Notwendigkeit, etwas gegen die gefräßigen Vögel zu unternehmen.**

Schussanlage im Notfall

'Wir machen nix', sagt auch Karl Merz, Inhaber des Ockenheimer Weinguts Merz. Seine Schussapparate störten die Nachbarschaft, jetzt hat der Winzer die Faxen satt. 'Ich werf' die weg, jetzt lass ich die Vögel halt fressen.' Wenn es ganz dick komme, etwa im Oktober, will er die Schussanlagen vielleicht in abgelegenen Gemarkungsteilen noch mal aufstellen. Von Tonbändern hält er wenig: 'Das wirkt nur, wenn die Vögel auch mal richtig Schaden nehmen, wenn scharf geschossen wird.'

Jochen Seibert, der Chef des Weinguts Mühlenhof in Schwabenheim, feuert ab und zu seine Pistole ab, die er in den Wingert mitnimmt.

'Da muss man halt mal gucken, wenn was los ist.' Tonbänder mit Vogelschreien hält er für keine schlechte Idee, gibt aber zu bedenken, dass auch eine gewisse Entfernung zur Wohnbebauung eingehalten werden müsse. Winzer Winfried Hefner aus Bubenheim erklärt, die Gemeinde organisiere die Starenabwehr mit einer Weinbergshut. Selbstschussapparate würden regelmäßig flächendeckend in der Gemarkung aufgestellt, wenn Gefahr drohe. Die Gemeinde habe auch Tonbänder im Einsatz mit Angstschreien des Staren. 'Die Schusstechnik ist aber deutlich besser', meint Hefner. Überhaupt scheint die Geschichte der Vogelabwehr im Weinberg seit Jahrzehnten eine Geschichte von Misserfolgen und Fehlschlägen zu sein. Ob reflektierende Drähte, glitzernde Objekte, die in die Luft geschossen wurden, Vogelstimmen oder Vogelscheuchen - 'alles blanke Theorie', sagt Schlamp. Einzig der laute Knall kann Vögel verscheuchen, alles andere hat versagt. Und selbst beim Schießen im Weinberg muss mit Bedacht vorgegangen werden: Bei zu viel Knallerei setzt bei den Tieren ein Gewöhnungseffekt ein.

Einen wirklich hungrigen Vogel hält sowieso nichts vom Traubenfraß ab, ist Schlamp überzeugt, verweist aber darauf, dass die Schäden durch Vogelfraß für die Winzer 'ein Randthema' sind. Gefräßige Rehe, die sich im Frühjahr über die jungen Knospen am Weinstock hermachen, richten größere Schäden an.

Rote Trauben locken Vögel

Allerdings hat der Siegeszug von Dornfelder und Co. auch bei den Vögeln Anklang gefunden. Die roten Trauben sind optisch interessanter und werden eher gefressen. **Gravierende Schäden richten Vögel aber nur selten an.** Nur wenn fast alle Weinberge abgeerntet sind und sich die Vogelschwärme auf die wenigen verbliebenen Trauben konzentrieren, kann es für den Winzer ernst werden: Den letzten beißen eben die Vögel.

Aus der Handlungsanleitung zur Lärminderungsplanung in Rheinland-Pfalz herausgegeben vom Landesamt für Umweltschutz und Gewerbeaufsicht Rheinland-Pfalz, 1999

Vorwort

Der Lärm zählt zu den bedeutenden umweltrelevanten Themen unserer Zeit. Unsichtbar, geruchlos, ohne Rückstände – aber überall gegenwärtig – macht er sich breit und gefährdet das seelische und körperliche Wohlbefinden der Menschen. Für sehr viele Menschen stellt die Belastung durch Lärm eine zunehmende Einschränkung der Lebensqualität dar. Besonders nachteilig wirkt sich die starke Zunahme des Straßenverkehrs aus. An vielen Hauptverkehrsstraßen liegen die Lärmbelastungen bereits im gesundheitsschädlichen Bereich. **Lärmschutz stellt in den Kommunen daher einen wichtigen Faktor bei der Interessenabwägung dar.**

Seit der Neufassung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes im Jahre 1990 sind die Gemeinden verpflichtet, die **Belastung durch Lärm zu erfassen und ihre Auswirkung auf die Umwelt festzustellen**. Im Rahmen eines Pilotprojektes hat sich das Landesamt für Umweltschutz und Gewerbeaufsicht mit der Aufstellung eines Schallimmissionsplanes befaßt. Die gesammelten Erfahrungen sind in die vorliegende Handlungsanleitung eingeflossen.

Sowohl bei kommunalen Aufgabenstellungen, wie z.B. der Flächennutzungsplanung oder Verkehrswegeplanung, als auch bei Vorhaben von regionaler Tragweite, **ist vorsorgend der Schutz der Bevölkerung vor Lärm zu berücksichtigen**. Die Ausführungen in der Broschüre sollen es den Kommunen erleichtern, bei der Planung von Wohngebieten und lärmintensiven Verkehrs- und Gewerbeflächen gesundheits- und umweltverträgliche Entscheidungen zu treffen.

Mainz, im November 1999

(Dr. Koschwitz)

– Präsident –